

# Stresstest für die Christdemokraten

Die CVP-Basis liegt bei der Konzernverantwortungsinitiative auf der Linie der Bischöfe, nicht aber von Parteipräsident Gerhard Pfister.

Doris Kleck

«Mehr Gewinn oder mehr Gerechtigkeit: Das ist die zentrale Frage. Ich sehe absolut keine Legitimation, monetären Gewinn über Gerechtigkeit zu stellen.»

Es sind markige Worte, mit denen der oberste Schweizer Bischof Felix Gmür vor fünf Jahren seine Unterstützung für die Konzernverantwortungsinitiative begründet hat. Er gehört zu den prominenten Befürwortern des Volksbegehrens, das verlangt, dass hiesige Unternehmen für die Verletzung von Menschenrechten oder Umweltschäden im Ausland haften. 120 Organisationen stehen hinter der Initiative. Es gibt ein eigenes Unterstützungskomitee aus kirchlichen Kreisen.

Heute debattiert der Nationalrat, ob es einen Gegenvorschlag zur Initiative geben und wie er aussehen soll. Zwei Konzepte stehen sich gegenüber. Der Gegenvorschlag des Nationalrates lehnt sich an die Initiative an, stärkt die Sorgfaltspflichten, schränkt aber die Haftung ein. Das Projekt des Ständerates sieht keine Haftung vor. Sorgfaltspflichten sind nur für die Bereiche Kinderarbeit und Konfliktminerale vorgesehen. Der Entscheid in der grossen Kammer steht auf Messers Schneide. Die Linke möchte die Version des Nationalrates, die Rechte die wirtschaftsfreundlichere des Ständerates. Die Augen sind deshalb auf die CVP gerichtet.

«Wir gewichten christliche Werte nicht gerade hoch»

Die Christlichdemokratische Volkspartei ringt gerade mit ihrem C im Namen. Und dieses C spielt auch in der Debatte um die Konzernverantwortungsinitiative eine wichtige Rolle. Stefan Müller-Altermatt, Solothurner Nationalrat und Mitglied des Parteipräsidiums der CVP, sagt



CVP-Präsident Gerard Pfister und der Basler Bischof Felix Gmür sind sich uneins.



Bild: Gian Ehrenzeller/Keystone, Reto Martin

es so: «Wenn wir den Gegenvorschlag des Nationalrates ablehnen, gewichten wir unsere christlichen Werte nicht gerade hoch». Er präsidiert die Christlichsoziale Vereinigung innerhalb der Partei. Dem Gegenvorschlag des Ständerates kann er nichts abgewinnen, sowohl inhaltlich wie auch taktisch. Diese führe nur zu mehr Hochglanzprospekten und nicht zu einem Rückzug der Volksinitiative. Müller-Altermatt wird diese unterstützen, falls sich der Gegenvorschlag des Nationalrates nicht durchsetzen wird: «Als Christlichsozialer kann und will

**79,4%**  
der CVP-Basis ist für oder eher für die Konzernverantwortungsinitiative. Die Befragung fand im Februar im Auftrag der Initianten statt.

ich nicht gegen Hilfswerke und die Kirche in den Abstimmungskampf steigen.»

Vor einer Zerreissprobe will Parteipräsident Gerhard Pfister nichts wissen. Er setzt sich, wie die Mehrheit der Fraktion, für den ständerätlichen Gegenvorschlag ein. «Wir sind eine Partei mit einem starken ethischen Fundament. Deshalb ist es auch klar, dass es unterschiedliche Auffassungen in dieser Frage gibt», sagt Pfister. Auch aus christdemokratischer Warte könne man gut darlegen, dass der Gegenvorschlag des Nationalrates der Schweiz schaden

würde. Dass die Christlichsoziale Vereinigung ihre Haltung einbringe, sei völlig normal in einer demokratisch organisierten Volkspartei.

«Tausende Arbeitsplätze würden wegfallen»

Auch Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP/BL) argumentiert mit christlichen Werten – für den Gegenvorschlag des Ständerates. Sie will keine Haftungsbestimmungen. Diese würden dazu führen, dass sich Schweizer Unternehmen aus Entwicklungsländern zurückziehen und Tausende von

Arbeitsplätzen wegfallen. «Das wäre ein Desaster für diese Länder», sagt die Präsidentin der Handelskammer beider Basel.

Eine neue Umfrage des LINK-Instituts im Auftrag der Initianten zeigt derweil, dass die Zustimmung zur Initiative bei 78,3 Prozent liegt. Bei der CVP-Basis liegt sie gar bei 79,4 Prozent. Politisiert die CVP an ihrer Basis vorbei? Nein, sagt Pfister. Sechs Monate vor dem Abstimmungstermin sei der Wissensstand noch tief. «Niemand kann ernsthaft dagegen sein, dass Menschenrechte überall eingehalten werden.»

## In der Medienpolitik kommt es zum Showdown

Wenn zwei sich streiten: Staatspolitische Kommission will Fernmeldekommission die Medien wegschnappen.

Für Nationalrat Cédric Wermuth (SP) ist klar: Medienpolitik ist Sache der Staatspolitischen Kommission (SPK) und nicht – wie bisher – der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF). «Das ist keine technische Frage, sondern eine staatspolitische», sagt er. Es gehe um eine «zentrale demokratiepolitische Frage» in einer «historisch einmaligen Situation»: «Google ist nicht einfach ein marktbeherrschender Akteur. Google selbst ist der Markt.» Die entscheidende Frage sei: «Wie soll es mit der Presselandschaft weitergehen?»

Aus diesem Grund hat Wermuth die Motion «Medienpolitik ist staatspolitische Kernaufgabe» der SPK initiiert, die der Nationalrat heute behandelt. Dafür hat er eine überparteiliche Kerngruppe um sich ver-

sammelt. Ihr gehören die Nationalräte Gerhard Pfister (CVP), Kurt Fluri (FDP) und Gregor Rutz (SVP) an. Fluri und Rutz sitzen in SPK wie KVF. «So gesehen könnte es mir egal sein, wo Medienpolitik behandelt wird», sagt Fluri. «Vom Thema her scheint mir aber klar: Sie gehört in die Staatspolitische Kommission», sagt er. «Dahinter steckt keine politische Absicht. Es geht um eine Grundsatzfrage.»

Die Räte beider Büros hatten 2019 im Vorfeld der neuen Legislatur die Zuteilung diverser Themen an die Kommissionen überprüft. Dabei sei der Sachbereich Medien (Radio, Fernsehen und Internet) der Fernmeldekommission mit «Medienvielfalt» ergänzt worden, sagt Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP), bis 2019 Präsidentin der

KVF. «Und die Büros beider Räte haben beschlossen, diesen ergänzten Sachbereich der Fernmeldekommission zuzuteilen.» Das will Graf-Litscher auf keinen Fall ändern: «Ich bin der Meinung, dass eine Trennung von Medienvielfalt, Medienfinanzierung und Medienpolitik nicht möglich ist und zu unerwünschten Doppelspurigkeiten führen würde.»

Die SP drängt mit Vehemenz in die Medienpolitik

Aus der staatspolitischen Kommission ist der Vorwurf zu hören, die Fernmeldekommission sei zu nahe an den staatsnahen Betrieben Swisscom und SRG. Das kontert Graf-Litscher: «Das ist an den Haaren herbeigezogen. Wir haben bei der Medienförderung und beim Fernmelde-

gesetz bewusst breite Anhörungen durchgeführt.»

Klar ist, dass die SP mit Vehemenz ins Thema Medienpolitik drängt. Mit Sommaruga, Wermuth und Graf-Litscher spielen drei SP-Leute eine zentrale Rolle. Sommaruga stoppte das neue Mediengesetz, das Vorgängerin Doris Leuthard aufgelegt hatte. Graf-Litscher wie Wermuth machen sich für eine öffentlich-rechtliche Medienfinanzierung stark – mit unterschiedlichen Modellen. «Sie muss unabhängig vom Bundesbudget und von den grossen Medienhäusern sein», sagt Wermuth. Denn die Verleger hätten gezielt regionale Monopole angestrebt. «Zudem nehmen die privaten Interessen der Medienhäuser zu. Das geht nicht.» Wermuth kann sich eine

Stiftung vorstellen mit Geld vom Bund auf mehrere Jahre hinaus, verwaltet von Journalisten.

Graf-Litscher will die mediale Grundversorgung in der Bundesverfassung haben und kann sich vorstellen, dass künftig Mittel im Rahmen eines Service-Public-Leistungsauftrages gesprochen würden: «Wenn sich Verlage verpflichten, in den Regionen mit eigenen Büros und Personal vertreten zu sein und umfassend über Politik, Sport und Kultur zu berichten.» In der Medienpolitik bewege sich etwas, sagt sie. Die Werbeallianz Admeira sei vom Tisch, Ringier wieder im Verlegerverband, die SRG mit neuer Führung. «Die Chancen stehen gut, dass man die Zukunft gestalten kann.»

Othmar von Matt

## Gleichstellung stärken

Verhüllung «In Zeiten von Corona beschäftigt man sich im Nationalrat derzeit ja oft mit Gesichtsmasken», sagte Ständerätin Andrea Caroni (FDP) in Anspielung auf Magdalena Martullo-Blocher. Auch im Ständerat diskutierte man am Dienstag über Verhüllungen. Allerdings aus Gesetzesgründen. Dort wurde über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» und dem indirekten Gegenvorschlag beraten. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass das Gesicht in bestimmten Situationen im Umgang mit Behörden zu zeigen ist. Der Nationalrat hatte diesen Gegenvorschlag noch mit gleichstellungspolitischen Forderungen ergänzt. So soll unter anderem verankert werden, dass bei Integrationsprogrammen den besonderen Anliegen von Frauen, Kindern und Jugendlichen Rechnung getragen werde. (mg)